

Hannes Androsch

Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe *EuropaDialoge*

des Forschungskollegs Humanwissenschaften

an der Goethe-Universität Frankfurt/Main,

Bad Homburg, 11. Oktober 2016

»Nur gemeinsam ist Europa stark«

Das Licht der Welt erblickte ich zwanzig Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Dieser wurde als die „Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts“ bezeichnet und es folgte ein „Peace to End all Peace“. Lord Keynes hat das in seiner Schrift „How to Pay for the War“ richtig analysiert und die verheerenden Folgen leider ebenfalls zutreffend vorausgesagt.

Bei meiner Geburt herrschte zwar noch Frieden aber im annektierten Österreich war bereits die Naziherrschaft an der Macht. Im Fernen Osten fegte bereits seit einigen Jahren die Furie des Krieges, eines japanischen Imperialismus durch die Länder Asiens. In Europa hatte der Spanische Bürgerkrieg einen bösen Vorgeschmack auf das Grauen und die Grausamkeiten des wenige Monate später mutwillig begonnenen Zweiten Weltkrieges gegeben. Dessen Schrecken wurden nur noch durch die des Holocaust übertriften.

Meine Generation erlebte somit schon bewusst die dunklen Seiten der ersten Hälfte des „Zeitalters der Extreme“, wie Eric Hobsbawm das kurze 19. Jahrhundert bezeichnet hat. Ebenso erlebte meine Generation die Wirren des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dazu gehörte unter anderem auch das Miterleben der Vertreibung meiner Verwandten aus Südmähren als Teil der damals durch Mitteleuropa ziehenden 30 Millionen Flüchtlingen. 12 Millionen davon fanden in Westdeutschland Aufnahme und trugen maßgeblich zum späteren deutschen Wirtschaftswunder bei. Die Bevölkerung in Europa war damals mit den Zerstörungen durch den Krieg und seinen Opfern sowie dem Mangel und der Not der Nachkriegsjahre konfrontiert. In Österreich mussten wir eine zehnjährige Besatzungszeit durch die vier alliierten Mächte ertragen. Mit meiner Familie lebte ich in der sowjetischen Besatzungszone Wiens. In unserem Siedlungshaus hatten wir geraume Zeit auch sowjetische Einquartierung.

Dennoch gehöre ich der ersten Generation an, die das Glück hatte, in der Folge die Vorteile von Frieden und Wohlstand in der zweiten Hälfte des Zeitalters der Extreme erleben zu können. Welch gewaltiger Unterschied gegenüber den Lebensumständen unserer Eltern und Großeltern oder noch früherer Generationen. Es wurde uns möglich, unseren Lebensweg in einem friedlichen und sicheren Europa mit steigender Wohlfahrt und zunehmender Lebenserwartung zu beschreiten. Diese erfreulichen Umstände waren im Zeitalter des Kalten Krieges, der nuklearen Bedrohung, der Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang und später der Berliner Mauer umso bemerkenswerter. Sie waren dem Schutzschild durch die USA und ihrer Unterstützung des Wiederaufbaues Westeuropas sowie einer immer offeneren Weltwirtschaft zu danken. Die Europäische Integration hat dazu zunehmend wesentlich beigetragen. So war es möglich, dass das darniederliegende Europa wie ein Phönix aus der Asche aufsteigen konnte, mit dem Ergebnis, dass heute seine 7 Prozent der Weltbevölkerung - 1900 waren es noch 20 Prozent, 2050 werden es nur mehr 5 Prozent sein -, also dass der 7prozentige europäische Anteil an der Weltbevölkerung 23 Prozent der globalen Weltwirtschaftsleistung erbringen und rund 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben konsumieren.

Als Winston Churchill am 19. September 1946 an der Universität Zürich seine legendäre Europa-Rede mit dem Apell „Let Europe arise!“ hielt, lag Europa noch in Schutt und Asche.

In seiner Rede führte er aus:

„Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe teilen würde, dann könnten seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner Glück, Wohlstand und Herrlichkeit in unbegrenztem Ausmaß genießen.“

Und Churchill rief dazu auf:

„Wir müssen eine Art ‚Vereinigte Staaten von Europa‘ schaffen. Nur auf diese Weise können Hunderte von Millionen hart arbeitender Menschen wieder jene einfachen Freuden und Hoffnungen genießen, die das Leben lebenswert machen.“

Allerdings schloss Churchill eine Mitgliedschaft Großbritanniens dabei aus, weil er meinte, dass das Commonwealth neben den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und einem erhofften Vereinigten Europa ein unabhängiger weltpolitischer Pol bleiben würde. Dies war wohl auch noch 1957 der Grund, nicht den Römischen Verträgen beizutreten. Als ich meinen Amtskollegen und Freund Denis Healey einmal nach den Gründen für die britische Nichtteilnahme fragte, meinte er schmunzelnd: „Großbritannien war sich sicher, dass aus dem Projekt nichts werde. Und wäre es beigetreten, wäre auch nichts daraus geworden.“ Das hat sich zwar später unter Edward Heath Anfang der 70iger Jahre und mit dem Referendum unter Harold Wilson geändert, dieser Weg wurde aber nunmehr unter David Cameron mit der Brexit-Entscheidung wieder verlassen.

Aber zurück in die späten 40iger Jahre.

Schon vor seiner Zürcher Rede hatte Winston Churchill in einer Rede am 5. März 1946 in Fulton in Missouri in Anwesenheit von Präsident Harry Truman mit dem Hinweis auf den neuen Konflikt, der den europäischen Kontinent spaltete, festgestellt: „From Stettin in the Baltic to Trieste in the Adriatic an iron curtain has descended across the Continent.“ Der Eiserner Vorhang als Symbol des Kalten Krieges hat uns in unmittelbarer Nähe bis 1989 begleitet.

Die beiden Reden von Winston Churchill haben mit Bestimmtheit zur Verkündung der Truman-Doktrin am 12. März 1947 und zum Marshall-Plan beigetragen.

Nach der Truman-Doktrin sollte es zum außenpolitischen Grundsatz der USA werden „freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen“. Gemeint waren damals Griechenland und die Türkei, nachdem Großbritannien nicht mehr in der Lage war, diese Aufgabe wahrzunehmen. Und heute? Der berühmten Rede von Außenminister General George C. Marshall am 5. Juni 1947 an der Harvard Universität folgte 1948 der Marshall-Plan mit der offiziellen Bezeichnung „European Recovery Program“.

Der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan folgten, wie Ihnen allen bekannt ist, die ersten Schritte zur europäischen Integration: Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide De Gasperi, Konrad Adenauer, Paul-Henri Spaak – sie alle, und noch andere mehr, machten sich mit unermesslichem Einsatz und aus tiefster Überzeugung über die Notwendigkeit der europäischen Integration ans Werk und schufen im April 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, welche diese kriegswichtigen Materialien unter eine gemeinsame Behörde stellte. 1957 folgten dann die Verträge von Rom zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom). Die Fusionierung

aller drei Institutionen ließ im Jahr 1967 die Europäischen Gemeinschaften (EG) entstehen, die 1992 durch die Verträge von Maastricht in die heutige Europäischen Union (EU) mündeten.

Der Marshall-Plan gab den Anstoß dafür, dass Europa wie ein Phönix aus der Asche wieder aufgestiegen und ein ökonomischer Riese geworden ist. Das deutsche Wirtschaftswunder steht dafür zum Beleg. Die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung fand aber auch in vielen anderen Ländern Westeuropas statt. Innovationen und der technische Fortschritt haben dazu wesentlich beigetragen. Es entstand zunehmender Wohlstand, es herrschte Vollbeschäftigung, man holte Gastarbeiter, die Arbeitszeit wurde kürzer und die Urlaube länger, der Sozialstaat wurde geräumiger, die Wohnungsqualität nahm ständig zu ebenso auch die Mobilität sowie die Kommunikations- und die Unterhaltungstechnologien.

Dennoch hatte Europa seine jahrhundertlange Dominanz eingebüßt und an Amerika abgetreten. Dies veranlasste Egon Bahr zur Bemerkung, dass der ökonomische Riese politisch nur ein Zwerg und militärisch nur ein Wurm geblieben ist.

Es gelang nicht, eine politische Union zu schaffen. Es fehlt an einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik wie auch einer gemeinsamen Asylpolitik. Mangels einer Finanz- und Bankenunion und eines Mindestmaßes an gemeinsamer Finanz- und Wirtschaftspolitik ist die Architektur der Währungsunion unvollständig und gefährdet, wie die Finanz-, Banken- und Staatsschuldenkrise bis heute mehr als deutlich gemacht haben, bei den europäischen Banken mit zur Zeit gefährlicher Aktualität. Unterentwickelt ist wohl auch eine solidarische Sozialstaatlichkeit der EU, die ohne eines Mindestmaßes an konditionierten Transferleistungen nicht auskommen kann. Dies wird auch für einen Schuldennachlass für Griechenland zutreffen müssen.

Europa hat auch als Folge der Entkolonialisierung einen gewaltigen Bedeutungsschwund erlitten. Lange hatten wir gehofft, durch die europäische Integration diese Nachteile schrittweise überwinden zu können. Dies wurde nicht erreicht. Daher ist die Frage des Europakenners Werner Weidenfelds in Abwandlung einer Deutschland gestellten Frage Goethes heute noch zutreffender: „Europa aber wo liegt es?“

Das Jahr 1989 ein annus mirabilis hat neue große Hoffnungen aufkommen lassen. Es brachte ein friedliches Ende des Kalten Krieges und eine Beendigung der Zweiteilung Europas und wie man erhoffte der Welt. Diese Umstände ermöglichten die deutsche Wiedervereinigung. Die EU erweiterte sich und versprach sich zu vertiefen. Die Einführung einer gemeinsamen Währung schien dies zu belegen.

Man vermeinte, das „Ende der Geschichte“ sei eingetreten. Der Welthandel stieg durch die Teilnahme jener Länder, die lange in isoliertem Autarkiestreben verharrt hatten, allen voran China, drastisch an. Die Weltwirtschaft boomte. Man glaubte zudem, mit der „großen Moderation“ den Weg einer nachhaltigen sichereren und störungsfreien Wirtschaftsentwicklung gefunden zu haben.

Die Ereignisse 9/11 2001 und 9/15 2008 haben uns in die Wirklichkeit zurückgeholt.

Umso größer die Enttäuschung, über die „Rückkehr der Geschichte“ oder sogar der „Rache der Geschichte“. Geopolitik und nationalistische Machtpolitik sind mit den unheilbringenden Geschwistern Krieg und Tyrannei, mit Angst und Schrecken, begleitet von Flüchtlingswellen und Migrationsströmen auf die Bühne der Weltpolitik zurückgekehrt. Um Europa ist statt eines „Ring of Friends“ ein „Ring of Fire“ entstanden, wie bei Lee Kuan Yew, der aus Singapur einen führenden Stadtstaat gemacht hat und bei dem sich Deng Xiaoping Rat für seine Wirtschaftsreform holte, nachzulesen ist.

Im Süden unseres Kontinents besteht eine breite Zone von Aufruhr und infernalischen Eruptionen, die Nahostpolitik ist, wie Henry Kissinger festgestellt hat, ein Scherbenhaufen. Entsetzt und untätig beobachten wir hilflos das Inferno in Aleppo als tragisches Symbol dafür, dass nicht nur ein Bürgerkrieg mit religiösen Hintergründen ausgetragen wird, sondern Regionalmächte ebenso wie Großmächte ihre Machtspiele austragen. Dabei schreckt man nicht einmal davor zurück, Spitäler, Schulen, Hochzeiten und Begräbnisse zu Angriffszielen zu machen. Nicht besser stellt sich die Situation in Nordafrika und anderen Teilen des afrikanischen Kontinents dar, der sich überdies innerhalb der nächsten Generation bevölkerungsmäßig verdoppeln wird.

Zur Visualisierung der letztgenannten Entwicklung hat Professor Hans Rosling vom Karolinska-Institut einen sogenannten „**Pin-Code**“ der Weltbevölkerung erstellt. Dieser lautet aktuell **1-1-1-4**, soll heißen: von den derzeit rund sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten leben rund eine Milliarde Menschen in Europa, eine Milliarde auf dem amerikanischen Kontinent, eine weitere Milliarde in Afrika sowie rund vier Milliarden in Asien.

Laut Prognosen der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung bis Ende dieses Jahrhunderts auf möglicherweise elf (!!!) Milliarden Menschen ansteigen. Die Verteilung bzw. der Pin-Code wird aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen dann **1-1-4-5** lauten.

Für die derzeitige weltpolitische Situation sind nicht nur die Amerikaner verantwortlich. Europa hat meist tatenlos zugesehen, im Falle Libyens aber durch Frankreich und Großbritannien die Initiative ergriffen, um dann das Land mit verheerenden Folgen sich selbst zu überlassen.

Von den Folgen dieser Entwicklungen, insbesondere den Flüchtlingswellen und Migrationsströme, sind nicht Amerika oder China und kaum Russland betroffen, sondern vor allem Europa und davon nur wenige Länder. Zuvorderst Griechenland und Italien, die man die längste Zeit im Regen stehen gelassen hat und lässt sowie inzwischen auch Deutschland, Schweden und Österreich. Deutschland mit der größten Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge, anteilmäßig gesehen in höherem Maße Schweden und Österreich.

Die Nachrichtendienste hatten vor dieser Entwicklung gewarnt. Sie, wurden aber nicht gehört. Nunmehr werden wir mit der überschwappenden Zahl von 1,5 Millionen Flüchtlingen von weltweit insgesamt 65 Millionen Flüchtlingen, zum großen Teil aus dem Nahen Osten, vor allem aus Syrien, nicht fertig. Die Errichtung von Stacheldrähten, der Bau von Wagenburgen oder Alpenfestungen wird das Problem nicht lösen können. Es bedarf einer Lösung an den Wurzeln. Der langjährige Chef der Atomenergiebehörde El Baradei spricht etwa von der Notwendigkeit eines Westfälischen Friedens für den Nahen Osten.

Dort wo im Zweistromland des fruchtbaren Halbmondes die Zivilisation entstand und das Alte Testament den Garten Eden verortete, dort wo die drei abrahamistischen Religionen somit auch das Christentum seine Wurzeln haben und dort, wo an den Gestaden die Europäische Zivilisation aus den Fluten stieg, schauen wir zu, wie heute ein maritimer Friedhof entstanden ist. In den letzten Jahren fanden dort auf der Flucht vor infernalischen Zuständen 13.000 Menschen in seinen Fluten den Tod. Und vielleicht hat manchen von uns das Bild des kleinen syrischen Jungen Alif, der an der türkischen Küste ertrunken angeschwemmt war, erschüttert. Doch geändert hat dies nichts. Im Gegenteil, die hartherzige Abschottung hat nur noch zugenommen. Gleichzeitig haben 250 Terroropfer in der EU, so schlimm auch deren Schicksal im Einzelfall ist, alle unsere Aufmerksamkeit erlangt und zu lähmender oder fremdenfeindlichen Einstellungen geführt. Wenn hingegen im selben Zeitraum 25.700

Verkehrstote verzeichnet werden, so hatten diese eben Pech sowie die in den Vereinigten Staaten rund 15.000 Mordopfer. Wir streiten z. B. in Österreich, ob Asylwerber oder Asylanten gemeinnützige Tätigkeiten überhaupt ausüben dürfen und wenn, ob wir ihnen dafür stolze 1,- oder gar 5,- aber vielleicht auch nur 2,50 Euro für maximal 10 Wochenstunden zahlen sollen. Dies darf wohl nicht der Werte-Kanon Europas sein.

Der Umgang mit Flüchtlingswellen gelang unmittelbar nach dem Krieg oder nach dem Ungarn-Aufstand, dem Ende des Prager Frühlings, dem Jahr 1989 oder der Bosnien Krise zu Beginn der 90iger Jahre wesentlich besser. Jetzt erweist sich auch die jahrzehntelang hinhaltende und zuletzt widersprüchliche politische Haltung, zuerst mit demütigender Zurückweisung und dem nunmehr erfolgenden Kotau gegenüber der Türkei mehr als nachteilig, auch wenn man die autoritären Entwicklungen in der Türkei nicht einfach hinnehmen darf.

Die Einstellung und die schroff vollmundigen Erklärungen meiner Regierung gegenüber der Türkei übertreffen da noch Herrn Orban. Man könnte den Eindruck gewinnen, die österreichische Regierung müsse eine dritte Türkenbelagerung zurückschlagen.

Ebenso sind nach dem Zerfall des Sowjetimperiums nicht geringe Fehler passiert. Dies betrifft insbesondere die erfolgten oder in Aussicht genommenen NATO-Erweiterungen. Schon 1999 meinte dazu Willy Brandt:

„Es gibt keine Stabilität in Europa ohne die Beteiligung und Einbindung Russlands. Und ich weiß genau, dass Russland nicht so schwach bleiben wird, wie es im Augenblick ist. Wir können im Prinzip jetzt alles tun, was wir wollen, Russland kann es nicht (ver)hindern, es ist zu schwach. Aber ich warne davor, ein großes stolzes Volk zu demütigen.“

Eine Meinung, die zahlreiche andere geteilt haben und teilen. Auch Henry Kissinger meinte in einem Gespräch schon vor zehn Jahren, dass man im Umgang mit der Ukraine auf Russland Bedacht nehmen müsse. Dies ist aber nicht geschehen. Das heißt aber ebenso wenig, dass man das Vorgehen Putins auf der Krim, in der Ostukraine oder in Syrien akzeptieren darf. Es heißt aber sehr wohl zu berücksichtigen, dass es ohne Russland in Europa keine Sicherheit geben kann und dass beide Teile einander wirtschaftlich benötigen. Letzteres trifft auf Russland im größeren Ausmaß zu, wie die schwächelnde Wirtschaft des Landes zeigt. Diese erreicht nur einen Bruchteil der Wirtschaftsleistung der USA, der EU oder auch Chinas. Das aber wird in Verbindung mit einer schrumpfenden Bevölkerung für eine Großmachtstellung auf Augenhöhe mit den USA vielleicht doch nicht genügen, schon gar nicht bei niedrigen Energie- und Rohstoffpreisen, wie wir sie angesichts der schwächelnden Weltkonjunktur noch länger haben werden..

Weltweit herrscht im Finanz- und Wirtschaftsbereich seit geraumer Zeit ständiger bedrohlicher Krisenmodus. Der Welthandel wird zunehmend von Protektionismus und Einigelungstendenzen beeinträchtigt und schwächelt zusehends. Der Motor der Weltwirtschaft stottert. Er leidet unter zu geringer Innovationsdynamik und ungenügender Investitionstätigkeit, vor allem auch im Infrastrukturbereich, an zu geringen Produktivitätszuwächsen sowie in vielen Bereichen an steigenden Ungleichheiten.

Diese unbefriedigende Situation wird noch durch die Instabilitäten des internationalen Finanzwesens und der globalen Währungssituation erschwert. In diesem Bereich will die Volksrepublik China das „exorbitante Privileg“ der USA mit dem Dollar als Leitwährung und dem SWIFT als Instrument des globalen Zahlungsverkehrs brechen. Auch wenn inzwischen die chinesische Währung in den Korb der Sonderziehungsrechte des IWF aufgenommen worden ist, wird dies bei den in den letzten Jahren historisch beispiellosen Schuldenzuwachs

in China und insbesondere des Fehlens von freiem Kapitalverkehr (Artikel VIII der IMF-Statuten), der nur noch zu größeren Kapitalabflüssen führen würde, so rasch nicht möglich sein.

Davon betroffen sind in besonderem Maße aus unterschiedlichen Gründen die Eurozone und China, dabei in gefährlicher Verfassung die europäischen Banken. Ein Grund für die instabilen Verhältnisse ist der bedrohliche Schuldenberg von 152 Billionen Dollar. Nicht mehr der Mount Everest, sondern der Schuldenberg ist der höchste Berg auf unserem Planeten. Die Notenbanken haben versucht, mit Liquiditätsschwemme und einem rekordniedrigem Zinsniveau gegenzusteuern. Sie konnten damit wohl Schlimmeres verhindern, sie haben dadurch auch Zeit gekauft, eine wirkliche Problemlösung ist damit aber nicht möglich gewesen. Dazu bedarf es einer komplementären Fiskal- und Wirtschaftspolitik, die es aber nicht gibt. Stattdessen sind neue Probleme entstanden, weil die Steuerungsfunktion der Zinsen außer Kraft gesetzt wurde - die Pensionskassen oder Lebensversicherer können davon ein Lied singen. Vor allem aber wurden Blasen erzeugt bzw. müssen weitere gefürchtet werden. Gleichzeitig wird die weltweite Lücke an Infrastrukturinvestitionen nicht zuletzt auch im Bereich der digitalen Infrastruktur immer größer und in vielen Ländern nimmt die hohe, vor allem Jugendarbeitslosigkeit nicht ab, sondern zu. Die dazu geführten wirtschaftstheoretischen aber auch wirtschaftspolitischen Dispute sind fruchtlos. Sie erbrachten bislang jedenfalls keine überzeugenden Vorschläge für Problemlösungen.

In diesem Zusammenhang muss der zunehmende Meinungsumschwung in der Bevölkerung gegenüber dem Freihandel, aber auch eine europäische Vertiefung größte Besorgnis auslösen. Als Exportländer und im Falle Österreichs vor allem auch als Tourismusland haben wir vom Freihandel, aber auch der europäischen Integration besonderen Nutzen ziehen können. Umso unverständlicher ist die große Ablehnung von Globalisierung und Freihandel wie beim CETA-Abkommen, in Österreich noch größer als in Deutschland. In Österreich besteht überdies inzwischen eine besonders negative Einstellung gegenüber der EU. Hier bedarf es massiver Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit.

Hier ist die Politik, hier sind die Citoyens in unseren Ländern gefordert. Statt zusammenzuwachsen, gehen immer mehr Risse durch Europa, nehmen Isolierungstendenzen zu. Gleichzeitig nehmen die Bedrohungen zu. Dies ist ein Tummelplatz für billigen Populismus, der Unsicherheit verbreitet und Ängste schürt, jedes Mittel ist dafür recht und deren Proponenten lassen sich dabei ganz ungeniert von Akteuren, die die EU schwächer und destabilisieren wollen, finanziell unterstützen. Eine enttäuschende Gesamtlage und ein Mangel an europäischer Lösungsfähigkeit. Viele Menschen in unseren Gesellschaften sind verunsichert. Sie fühlen sich bedroht. Es herrscht Perspektive- und Orientierungslosigkeit. Abstiegs-, Verdrängungs- oder Überfremdungsängste nehmen zu und lähmen. Es herrscht vielfach eine Sinnkrise. Alles zusammen erst Recht play ground für Demagogen und Populisten ohne ihrerseits Lösungsalternativen anbieten zu können. Es geht das gefährliche Virus des Trumpismus in der freiheitlichen Welt um. Das ist der größte Gegner der offenen Gesellschaft wie der offenen Wirtschaft und muss umgehend mit überzeugenden Zukunftsvorstellungen für Europa bekämpft werden. Globalisierungsgegnerschaft, Protektionismuswünsche, Amerikafeindlichkeit sowie Ablehnung der Türkei und des Islam gehen um. Die selben Kräfte zeichnen sich durch kritikloses Putinverständnis aus.

Die globalen Herausforderungen aber erheischen großen Zusammenhalt und engere Zusammenarbeit, um den Stürmen der Zeit zu trotzen und die Winde zu nutzen, um zu neuen und vor allem zukunftsfähigen Ufern aufzubrechen. Solche Zielsetzungen hat die UNO in ihrer Agenda 2030 zwar zusammengefasst und auch die EU hat sich solche Zielaufgaben gegeben. Einige Beispiele seien herausgegriffen: Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie, Umweltschutz, Klimawandel, Sicherung der Nahrungsmittel-

und der Trinkwasserversorgung, Gewährleistung der Energie- und Rohstoffbereitstellung, stabile Finanzen, eine wirtschaftliche Entwicklung, die die Daseinsvorsorge sichert. Woran es aber fehlt sind die Umsetzungshandlungen, wenn man von positiven Ausnahmen wie etwa Inkrafttreten des Pariser Klimaschutzabkommens absieht.

Mit einem regelgebundenen Staatenbund werden die die gesteckten Ziele mit Sicherheit nicht erreicht werden können. Dies lehrt schon die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nationen nach dem Westfälischen Frieden oder der Deutsche Bund nach dem Wiener Kongress 1815. Ebenso wenig ist das zweite und schon gar nicht das dritte Reich ein role model. Ein Rückfall in nationalistische Abschottung und isolierende Kleinstaaterei ist wohl auch keine zeitgemäße Lösung. Wenn Europa nach dem Bedeutungsschwund nicht in die Bedeutungslosigkeit absinken will, muss schleunigst nachgeholt werden, was versäumt wurde. Diese Versäumnisse sind mit Ursache für das gegenwärtige Schlamassel und seinen Folgen. Der Nahe Osten ist in bedrohlicher Aufgewühltheit, Putins Russland, wie immer schon von Einkreisungsängsten erfasst und von expansivem Großmachtstreben getrieben, wird immer gefährlicher. Es will wie China die westliche, von den USA dominierte Weltordnung umstoßen. Zu diesem Zweck will Russland Europa schwächen und die EU destabilisieren. Dabei spielen Freiheit und Menschenrechte keine Rolle. In vielen Bereichen besteht die Gefahr, in eine Thukydides-Falle zu tappen.

Daher braucht es mehr denn je ein gestärktes und einigtes Europa mit einer politischen Union, einer gemeinsamer Sicherheits-, Außen- und Asylpolitik, einer koordinierten gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik, eines sozialen Europas mit einem Mindestmaß an balanciertem Ausgleich mittels einer Transferunion. Die deutsche Wiedervereinigung ist Beispiel für eine solche.

Dies geht nicht ohne Verzicht auf politische Souveränität und militärischer Autonomie. Diese ist 1954 mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch Frankreich gescheitert. Eine europäische Verfassung kam nicht zustande, weil Frankreich und die Niederlande dies 2005 in Referenden ablehnten.

Angesichts der zentrifugalen Kräfte in der EU und den Zerfallerscheinungen wie mit dem Brexit, ein lose-lose Ergebnis, stehen die Voraussetzungen für einen föderalen Bundesstaat derzeit besonders schlecht, obwohl die Notwendigkeit größer als je zuvor ist. Insofern ist das britische Referendum eine Wasserscheide für die Zukunft der Europäischen Union: entweder als Signal und Ausgangspunkt für eine fundamentale Neuausrichtung oder als Zeichen der Zerfalles der europäischen Union mit dramatischen Folgen.

Helmut Schmidt warnte anfangs des vorigen Jahrzehntes – damals mag es alarmistisch geklungen haben -, dass „in diesem Jahrhundert die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation auf dem Spiel steht“. Dieses Szenario ist heute zu einer realistischen Bedrohung geworden.

Mark Twain hat dies sarkastisch auf den Punkt gebracht: „If we don't hang together, we'll hang separately“.

Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland verortete Europa auf drei Hügeln: Golgatha für die Freiheit, die Akropolis für die Demokratie und das Kapitol für die Rechtsstaatlichkeit. Dies gilt immer noch. Für die Zukunft aber braucht es aber eines vierten virtuellen Hügels mit Gemeinsamkeit, Zusammenhalt und Solidarität. Nur dann kann Europa in Vielfalt geeint stark sein.

Churchill's Apell hat an Gültigkeit nicht verloren. Daher gilt heute immer noch : „Let Europe arise“.